

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1918**

51 (31.1.1918) Mittagausgabe



# Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.

Wöchentlich 1 Nummer „Karlsruher Unterhaltungsblatt“ mit Illustrationen.

Weitaus größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Schiergarten. Chefredakteur: Albert Gerion. Verantwortlich für allem, Politik und Feuilleton: Viktor Kubicki, für badische Politik, Lokales, das Chronik und den allgemeinen Teil: F. S. Meyer-Rudolph, für den Anzeigenteil: A. Rindfleisch, sämtl. in Karlsruhe i. V. Verleger: Berlin W 10.

Anzeigen: Die Sachpalt. Kolonialliste 20 Pfa., Die Kolonialliste 1 Pfa., Neumann an 1. Stelle 1,50 Pfa. die Zeile, außerdem ab 1. Dezember 1917 10 Pfa. Leertungsschuld. Bei Anzeigen in der Zeitung, die bei der Abrechnung der Zeitung, bei geschäftlichen Besprechungen und bei Anzeigen außer Kraft tritt. Postfach: Postamt Karlsruhe Nr. 8059.

**Bezugs-Preise:**  
Kassa. A ohne „Nacht. Weltchau“ 1.12 1.32  
Kassa. B mit „Nacht. Weltchau“ 1.17 1.37  
In Karlsruhe: Ausgabe A 1.25 1.45  
Ausgabe B 1.12 1.32  
Durch d. Briefträger tägl. 2 mal ins Haus 1.06 1.27  
Einzel-Nummer 10 Pfa.  
Geschäftsstelle:  
Kaiser- und Lammstr.-Ecke, nächst Kaiserstraße und Marktplatz.  
Bes. ob. Tel.-Abz. laute nicht auf Namen, sondern: „Bad. Presse“, Karlsruhe.

Nr. 51. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Donnerstag den 31. Januar 1918. Telefon: Redaktion Nr. 809. 34. Jahrgang.

## Deutscher Heeresbericht.

(Abendbericht.)

WTB. Berlin, 30. Januar, abends. (Amtlich.) Von den Kriegshauptplätzen nichts Neues.

### Vom westlichen Kriegsschauplatz.

„Wird Calais englisch?“

— Berlin, 31. Jan. Unter dieser Überschrift verbreitet die „Post“ Jg. ein aus Skandinavien stammendes Telegramm, wonach die früher aufgestellte Behauptung, daß Frankreich einen Vertrag mit England auf Pachtung von Calais für 99 Jahre abgeschlossen habe, was jetzt energisch bestritten wird.

### Der Luftangriff auf London.

WTB. London, 29. Jan. (Nicht amtlich.) Gestern hat ein Luftangriff stattgefunden, der länger war als je einer der bis jetzt ausgeführten. Er dauerte ununterbrochen 3 Stunden bei hellem Mondenschein, wolkenlosem Himmel und Windstille. Das Geschützfeuer war heftig, das Getöse der Maschinengewehre deutlicher als gewöhnlich und nur die fortwährende Tätigkeit der englischen Flieger, die mit den Angreifern kämpften, veranlaßte Pausen von wechselnder Dauer. Dann brach das Feuer wieder von neuem los, da wieder eine neue Gruppe von Maschinen erschien.

WTB. London, 29. Jan. (Nicht amtlich.) Amtlich wird gemeldet: Feindliche Flugzeuge überflogen die Küste von Essex und Kent etwa um 9 Uhr 30 abends. Einige Flugzeuge verflüchteten sich eine Stunde später in London einzubringen. Bis zur Stunde ist es keinem gelungen, in die Verteidigungswerte Londons einzudringen, aber wie berichtet wird, wurden einige Bomben auf die äußeren Bezirke abgeworfen. Der Angriff dauert noch fort.

WTB. London, 29. Jan. (Nicht amtlich.) Reuter. Amtlich wird mitgeteilt: Die Verluste, die infolge des Luftangriffes gestern verurteilt wurden, betragen: 14 Männer, 7 Frauen und 18 Kinder tot, sowie 93 Männer, 59 Frauen und 17 Kinder verwundet. Mit Ausnahme der Toten und Verwundeten kam es zu keinem Verluste in London. Der Schaden ist nicht bedeutend.

WTB. London, 29. Jan. (Nicht amtlich.) Bei dem Luftangriff der letzten Nacht wurden 14 Personen, meist Kinder, zu Tode gequert in einer Volksmenge, die in einen Untergrund einzudringen versuchte, dessen Türen verschlossen waren. — Berlin, 31. Jan. Bei dem Fliegerangriff am Montag abends auf London schlug, laut „Berl. Lok.-Anz.“, eine Bombe in eine Untergundkammer ein, wo zahlreiche Männer und Frauen zum Schutze sich zusammengedrängt hatten. Nach einer heftigen Explosion, durch die Betonblöcke heruntergeschleudert wurden, brach Feuer aus, und das ganze Gewölbe war bald ein einziges Feuermeer. Eine Stachflamme hatte einen Mann in Brand gesetzt, der als eine brennende Fackel ins Wasser gewälzt werden mußte, um die Flamme zu erlösen.

### Aus dem neuen Rußland.

Zur Lage.

WTB. Berlin, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Die russische Zeitung „Nesisch“ verurteilt die Rede Benins im Rätekongreß, die auf die Instinkte der dunklen Massen rechte und Anarchie und Vernichtung der Kultur als Erfolg des Arbeiterkampfes brachte.

WTB. Petersburg, 30. Jan. (Nicht amtlich.) 20 Kosaken-Regimenter erhoben sich gegen Kaledin und beschloßen, die gesamte Gewalt in der Don-Gegend an sich zu reißen. Sie bemächtigten sich der Bahnhöfe von Zwerowo und Djubowo und nahmen 18 Mitglieder von Militärorganen fest.

### Au die Adresse Trojks und Benins.

— Berlin, 31. Jan. Trojka hat über die Taktik, die er in Preßkämpfen verfolgen wolle, sich dahin geäußert, sein oberster Grundsatz sei, die Verhandlungen möglichst hinauszuziehen, Programmreden zum Reiter hinaus an die Adresse der Bevölkerung der Kaiserreiche zu halten und auf den Umsturz in den Ländern der Mittelmächte hinzuwirken.

Der offizielle „Berliner Lokal-Anz.“ meint: „Krieg führen wollen die Bolschewiki nicht, während sie sich an der Erreichung von Bürgerkriegszielen förmlich berufen. Wenn indes Herr Benin, der den Grundgedanken vertritt, daß die Sowjetregierung weder Krieg führen, noch Frieden schließen wolle, der Meinung ist, die Erfüllung dieser Wünsche hänge nur von dem russischen Willen ab, so fert er sich. In wieweit dieser Wunsch mit den deutschen Lebensinteressen in Einklang zu bringen ist, darüber dürfte die deutsche Heeresleitung zu entscheiden haben, und sie ist vollkommen darauf vorbereitet, wieder überhört das Wort zu ergreifen; wenn die Verhandlungen in Preßkämpfen unsere Friedenshoffnungen zu Nichts machen sollten.“

### Die Zustände in Petersburg.

WTB. Stockholm, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Aus guter Quelle wird mitgeteilt, daß sich das ganze politische Leben in Petersburg in kampfhafte Zustände abspielet. Vorläufig sind der Smolnyn-Regierung die beabsichtigten großen Coups gescheitert. Gestützt auf ihre rote Garde und Marinetruppen war es ihr nicht allzuschwer, die Konstitution nach knapp 24 Stunden wieder heimzuführen und an ihre Stelle den ihr bedingungslos ergebenen Konvent einzusetzen.

Auch auf allen anderen Gebieten wird nach dem bewährten Rezept: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein!“ vorgegangen. Die Anhebung der Preise ist kaum noch zu übersehen. Mit Ausnahme der Parteiblätter „Pravda“ und „Jowesita“ werden alle Zeitungen schärfstens kontrolliert und bestraft. Mit politischen Gegnern wird kurzer Prozeß gemacht. Mitglieder der Opposition sind andauernd bedroht. Wie viele Personen in der letzten Woche verhaftet worden sind, läßt sich nicht übersehen, da nur die wenigsten Fälle öffentlich zugegeben werden.

Die Sensation der letzten Tage war die Ermordung der frühesten Minister Tschingarew und Koloßkin. Beide waren wegen ihres leidenden Zustandes von der Peter-Pauls-Festung nach einem Krankenhaus gebracht worden, wo sie in der Nacht nach ihrer Ueberführung von Marinerosoldaten niedergeschossen wurden. Koloßkin war sofort tot, Tschingarew starb erst nach mehrtägigen Qualen. Auf den ersten Blick trägt das Verbrechen alle Merkmale des politischen Mordes an sich. Die herrschende Clique weist aber jede Mitschuld von sich und behauptet, die Gegenpartei habe die Ermordung angezettelt, um sich eine Waffe gegen die Bolschewiki in die Hand zu spielen.

### Die Zustände im russischen Heere.

WTB. Berlin, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Die russische Presse veröffentlicht ein Telegramm des Generals Benisch Brumewitsch, des Stabschefs des Oberkommandos, das lautet: „Vollkommene Nachtlosigkeit. Viele Teile der Front sind entblößt. Auf der Westfront kommen auf den Berg nur 100 Bajonette. Die Reserven lösen die Kameraden in den Schützengraben nicht ab. Eine ungeheure Zahl erfahrener militärischer Vorgesetzter ist bei den Wahlen ausgeschieden. Der jetzige Bestand an Stäben ist ohne Erfahrung. Stäbe und Behörden werden in kurzer Zeit zu arbeiten aufhören, da niemand arbeiten kann. Generalstabsoffiziere sind nicht mehr vorhanden. Die Arbeitsbedingungen in den Stäben sind entsetzlich.“

„Wirtschaftlich herrscht vollkommene Auflösung. Ausbildung und Ordnung der Truppen ist nichts wert. Ordnung im Heere gibt es nicht mehr. Die Befehle werden nicht ausgeführt. Desertionen finden massenhaft statt. Verurteilte kehren nicht zurück. Der Zusammenhang ist an vielen Stellen gerissen. Der Bestand an Pferden ist fast vernichtet. Die Befestigungen der Stellungen zerfallen. Die Drahtschranken sind zur Einreicherung der Verbände und des Handels entfallen. Einen Angriff des Feindes aufzuhalten ist unmöglich. Die einzige Rettung des Heeres ist der Rückzug hinter natürliche Grenzen.“

### Von der Umwälzung in der Ukraine.

WTB. Petersburg, 28. Jan. (Nicht amtlich.) Pet. Tel.-Ag. Die Fraktion der Sozialrevolutionäre der Linken hat aus Kiew die Meldung erhalten, daß das Generalsekretariat der Ukraine zurückgetreten sei. Das neue Sekretariat werde aus Vertretern der revolutionären Linken und der Bolschewiki gebildet werden. In Verbindung mit dem Rücktritt des Generalsekretariats werden auch die Vertreter der Rada in West-Rußland durch andere ersetzt werden. (Die Bestätigung dieser Meldung wird abzuwarten sein.)

### Estland und Livaland stellen sich unter deutschen Schutz.

WTB. Stockholm, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Laut „Stockholms Tidningen“ überreichte gestern eine Abordnung, bestehend aus drei angesehenen Mitgliedern der Ritterschaft Estlands und Livalands, dem Vertreter der Bolschewiki-Regierung in Stockholm, Koresow, eine Kundgebung, in der mitgeteilt wird, daß die Ritterschaft von Livaland und Estland die verfassungsmäßige Vertretung des Landes bildet und hiermit bekannt gibt, daß Livaland und Estland selbständig sind und in ihre Rechte eintreten, mit anderen Ländern Abkommen jeder Art zu treffen.

Zum Schluß heißt es in der Kundgebung: „Die wiederholten Uebergriffe der gestörten Selbstherrlichkeit und die zahlreichen Uebergriffe gegen die Gesetze des Landes, die von der republikanischen Regierung Rußlands zugelassen werden, hat das Land in eine verzweifelte Lage gebracht und ihm die Möglichkeit genommen, sein staatsliches Dasein zu befestigen. Die Vertreter des Landes sind daher gezwungen, sich nach Schutz außerhalb des Landes umzusehen und dort Garantien für Gesetz und Recht zu suchen. Daher hat die Ritterschaft von Livaland und Estland beschlossen, das Deutsche Reich um Schutz zu bitten. Sie will die Vertreter der russischen Regierung davon in Kenntnis setzen, gleichzeitig wie dieser Beschluß der deutschen Regierung übermitteln wird.“

### Die Entente und Rußland.

— Berlin, 31. Jan. Ein französisches Blatt will die bisher unbestätigte Nachricht bringen können, die militärischen und politischen Verträge der Entente mit Rußland seien durch einen gemeinsamen Beschluß der Alliierten am 10. Januar aufgehoben worden.

### Abwarten der französischen Sozialisten.

— Berlin, 31. Jan. Laut „Berl. Lokalanz.“ erwarten die französischen Sozialisten, daß der Sowjetvertreter Ramenow von Stockholm ankündigen werde, welches Programm er in Paris entwickeln werde, und danach wollten Renandel und Genossen ihr Verhalten einrichten.

## Die Zustände in Finnland.

Finnland und Schweden.

— Kopenhagen, 30. Jan. „Nationaltidende“ meldet aus Göttingen: Die jetzt nach Schweden gekommene finnische Gesellschaft wird in den nächsten Tagen König Gustav um sein bewaffnetes Eingreifen ersuchen. (B. 3.)

WTB. Stockholm, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Anlässlich der Lage in Finnland hat die schwedische Regierung vorbereitende Maßnahmen getroffen, um nötigenfalls unverzüglich Schiffe dorthin zu senden, welche die schwedischen Untertanen in ihr Vaterland zurückführen sollen.

### Das Selbstbestimmungsrecht der Åland-Inseln.

WTB. Stockholm, 29. Jan. Die Stockholmer Zeitungen berichten, traf vorgestern in Stockholm eine aus 5 Mitgliedern bestehende Abordnung von den Åland-Inseln ein, die die Aufgabe hat, dem Wunsche der Åländer nach Vereinigung mit Schweden Ausdruck zu geben. Die Abordnung führt auch eine Massenadresse mit 8000 Unterschriften mit sich, in der der gleiche Wunsch ausgesprochen wird.

## Rußland und Rumänien.

Der Krieg der Bolschewiki gegen Rumänien.

WTB. Berlin, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Folgender russischer Funkpruch meldet den Bruch der Bolschewiki mit der rumänischen Regierung:

„Die mit Verbrechen besetzte rumänische Oligarchie hat Kriegshandlungen gegen die russische Republik eröffnet. Gewohnt, ihre Herrschaft auf der Armut, Rabale und dem Blute der rumänischen Bauern und Arbeiter zu begründen, hat die rumänische Monarchie den Versuch gemacht, sich ihre Existenz durch die Bankiers durch Besetzung Besarabiens und dessen Umwandlung in einen Breckboden gegen die mächtige Stimme der russischen Revolution zu retten. Die Verbrechen der rumänischen Militär- und Zivilmacht sind unzählig. Die Kommissäre und Vertreter der russischen revolutionären Truppen werden verhaftet und erschossen. Die revolutionären Truppen werden ausgehungert und entwaffnet. Bei der Rückkehr ins Hinterland werden sie mit Geschützen erschossen.“

„An allen diesen blutigen Verbrechen nimmt eine der ersten Stellen der Oberbefehlshaber der rumänischen Truppen, Tscherbatschew, ein. Als Protest und Warnung unterzog der Rat der Volkskommissäre den rumänischen Gesandten einer kurzen Verhaftung. Diese Maßregel blieb ohne Wirkung. Die Verbrechen dauern fort. Der Rat der Volkskommissäre verfügt: „Alle diplomatischen Beziehungen mit Rumänien werden abgebrochen. Die rumänische Gesandtschaft und überhaupt alle Agenten der rumänischen Monarchie werden in kürzester Frist ausgewiesen. Der in Moskau aufbewahrte Goldfond Rumäniens wird als unantastbar für die rumänische Oligarchie erklärt. Die Raubgewalt nimmt auf sich die Verantwortung für die Unversetztheit dieses Fonds und wird ihn den Händen des rumänischen Volkes übergeben. Der gegen die Revolution aufrührerische Oberbefehlshaber der rumänischen Front, Tscherbatschew, wird zum Feind des Volkes erklärt und außerhalb der Gesetze gestellt.“

Ein weiterer Funkpruch besagt u. a.: „Herr Diamant mit seiner Suite ist aus den Grenzen der russischen Republik hinausbesiedelt worden, wodurch die Vertreter der Ententebotschaften von der Notwendigkeit befreit wurden, immer neue Forderungen betreffs der Unantastbarkeit des Herrn Diamant stellen zu müssen. Nachdem nun einmal nicht nur das Schicksal unseres Landes, sondern auch das Schicksal des ganzen rumänischen Volkes auf diese Karte gesetzt ist, bedeuten die getroffenen Maßnahmen eine direkte und unmittelbare Unterstützung der rumänischen Revolution, die in der Tiefe der sozialistischen Schichten Rumäniens längst herangerückt ist. Diese Revolution, ihre Parteien, ihre Führer können auf die volle Unterstützung der Rotregierung rechnen.“

## General Smuts über die afrikanische Kolonialfrage.

WTB. London, 29. Jan. (Nicht amtlich.) Das Mitglied des Kriegskabinetts General Smuts sprach am Montag abend in der Kolonialgeographischen Gesellschaft über die Kolonialfrage in Afrika.

Staatsrat siehe an wirtschaftlichem Werte hoch über den tropischen Ländern Afrikas. Die Deutschen erkannten, daß der Wert des tropischen Afrikas nicht in der Erschließung für weiße Kolonisten besteht, wie in Britisch-Afrika, sondern in einem Pflanzungsgebiet, in dem weißes Kapital und schwarze Arbeiter zusammenwirken. Die deutschen Kolonialziele

sind nicht hauptsächlich kolonialer Art, sondern völlig befreit von kaufmännischen und weltpolitischen Begriffen. Ihre wahren Ziele sind nicht Kolonien, sondern militärische Macht und strategische Stellungen, um diese Weltmacht in Zukunft auszuüben. Die Deutschen verlangen eine neue Verteilung der Weltkolonien, damit Deutschland den Anteil daran habe, der seiner Weltstellung entspricht. Zum



Beweis führte Smuts angebliche Ausführungen des deutschen Kolonialstaatssekretärs Dr. Solf im Kolonialkalender von 1917 an.

Er fuhr dann fort: „Mit anderen Worten, Berlin—Bagdad ist nicht sicher ohne ein deutsches Zentral- und Ostafrika. Die Gesichtspunkte des britischen Reiches...

...hat in der Tat sehr anders geartet. 1. Hatte es, abgesehen von der Seemacht, die zur Fortdauer seines Bestehens in Afrika wesentlich ist, niemals militärische Ziele. Es hat niemals die Eingeborenen militarisiert und ist stets einer solchen Politik entgegengewandert. Es war stets bestrebt, ihre Interessen zu erfassen und die eigenen hinten zu lassen. (?) Das britische Reich ist bei Weitem die größte afrikanische Macht.

Keine andere Macht hat auf diesem Kontinent Interessen, die überhaupt mit den seinigen vergleichbar sind. Wenn wir vom unwiderstehlichsten Gesichtspunkte aus die Zukunft betrachten, wenn wir ferner in Betracht ziehen, daß Afrika die Halbwegstation nach Indien und Ostasien ist, verlangt das britische Reich, nur inneren Frieden und die Erhaltung seiner Verbindungen nach außen. Es muß auf der Erhaltung einer Lage bestehen, die durch das ganze Land für seine Gebiete...

Verbindungen vom einen Ende des Kontinents zum anderen garantieren. Das britische Reich ist verstreut über die Erde und völlig abhängig von seinen Verbindungen. Für die Fortdauer seiner Existenz und in Zukunft sollten diese Verbindungslinien nicht nur zur See, sondern auch zu Land weiter geführt werden. Alle diese Verbindungen weisen auf die Notwendigkeit hin, daß wir in weiser Voraussicht die Verbindungen des Reiches mit allen ausstehenden Mitteln sichern.“

Ueber die Zukunft der deutschen Kolonien sagte Smuts folgendes: „Solange keine wirkliche Aenderung in der Gesinnung Deutschlands vorliegt, solange nicht endgültig und unwiderruflich mit dem Militarismus gebrochen wird, sollte das Geheiß der Selbsthaltung als höchstes Gebot betrachtet werden. Keine Ausdehnung des preussischen Militarismus auf andere Kontinente und Meere sollte geduldet werden. Die eroberten deutschen Kolonien können nur als Bürgerstaaten für die künftige Sicherheit des Weltfriedens betrachtet werden. Diese Meinung wird von der großen Masse der jungen Nationen geteilt, die die Dominions des Britischen Reiches bilden. Freiwillig sind sie in diesen Krieg eingetreten und ihre Bemühung ist vor allem auf die Vernichtung des deutschen Kolonialreiches gerichtet. Die hartnäckige Verteidigung seines letzten Kolonialreiches durch den Feind war nicht nur an sich eine große Heldentat, sondern auch ein Beweis, wie...

große Wichtigkeit jeder afrikanischen Kolonie von der deutschen Regierung beigemessen wird, sowohl als wirtschaftliches Eigentum, wie als strategischer Ausgangspunkt zur Errichtung eines zentralafrikanischen Reiches, von dem ich gesprochen habe. Eine unzeitige oder unkluge Zurückgabe von Deutsche Ostafrika an seinen früheren Besitzer könnte Folgen haben, die weit über die Grenzen des afrikanischen Kontinents hinaus reichen.

Ergebnisse zur See.

Englische Schiffsverluste im Mittelmeer. WTB, London, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Neuter. Der Transportdampfer „Aragon“ (9528 Br.-R.-T.), Royal Mail, wurde am 20. Dezember im östlichen Teile des Mittelmeeres torpediert und zum Sinken gebracht. Ein britischer Torpedobomber wurde, als er damit beschäftigt war, die Ueberlebenden aufzunehmen, ebenfalls torpediert und versenkt, wie bereits in dem Communiqué vom 7. Januar gemeldet wurde. Das Hilfskriegsschiff „Osmanieh“ (4041 Br.-R.-T.), Arabischer Mail Steam. Ship Company, ist am 31. Dezember an ungefähr derselben Stelle auf eine Mine gelaufen und gesunken. Mit dem Dampfer „Aragon“ sind 4 Schiffsoffiziere, darunter der Kapitän, 15 Matrosen der Besatzung, 10 Armeeoassistenten und 581 Personen aus Leben gekommen, mit dem Dampfer „Osmanieh“ drei Schiffsoffiziere, darunter der Kapitän, 21 Matrosen der Besatzung, ein Armeeoassistent, 186 Soldaten und 8 Pflegerinnen. Von diesen beiden Schiffen ist in der Unterhandlung vom 23. Januar die Rede gewesen.

Weitere U-Boot-Erfolge.

WTB, Berlin, 29. Jan. (Amtlich.) Neue U-Booteerfolge im mittleren und östlichen Mittelmeer: Acht Dampfer und drei Segler mit rund 30 000 Bruttoregistertonnen. Die Mehrzahl der Dampfer war tief beladen und befand sich teils in stark gefährdeten Geleitzügen, teils einzeln, mit Motorbootbegleitung und Flachdampferbedeckung fahrend, auf dem Wege nach Italien, beziehungsweise dem Orient. Unter den versenkten Schiffen konnte der englische Dampfer „Westwales“ (4331 Tonnen), mit Kohlen nach Port Said, ferner ein großer Tanker und ein Dampfer von 4000 Tonnen, der, nach der heftigen Explosion zu urteilen, Munition geladen hatte, festgestellt werden. An den Erfolgen war im besonderen der L. u. I. Vintenschiffskapitän Hudeczel beteiligt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Krieg mit Italien.

Delanda über die italienischen Kriegsziele. WTB, Bern, 30. Jan. (Nicht amtlich.) „Progres de Lyon“ meldet aus London: Der italienische Ministerpräsident Delanda erklärte in einer Unterredung mit Pressevertretern, die Kriegsziele Italiens umfängten nur die für die nationale Einheit notwendigen und als solche von Oesterreich-Ungarn anerkannten Gebiete. Vor dem Kriege habe Oesterreich Italien das Trentino und die Tiroler Front angeboten und bezüglich Triest die Bereitwilligkeit auf Gewährung der Autonomie erklärt. Es werde fast selbst, wenn diese nachträglichen Erklärungen unentworfen werden sollte, Italien doch keine aggressive oder imperialistische Politik. Im Mittelmeer bestände es nichts weiter als die notwendigen Garantien für die Erhaltung des italienischen Gleichgewichts.

Deutschland und der Krieg.

Berlin, 31. Jan. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge ist der Vizekanzler v. Pappe gestern Abend zur Uebernahme seiner Amtsgeschäfte von Stuttgart nach Berlin abgereist. Ein Finanzbeirat des Reichshauptamts. WTB, Berlin, 30. Jan. (Nicht amtlich.) Beim Reichshauptamt soll ein Finanzbeirat gebildet werden. Als Mitglieder sind angeordnete Persönlichkeiten aus den Kreisen der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie, des Handwerks, der Arbeiterschaft, der Finanzen und Wis-

senchaft in Aussicht genommen. Der Finanzbeirat ist als ein Sachverständigenkollegium gedacht, das der Reichsfinanzverwaltung Ansichten und Auffassungen, Kenntnisse und Erfahrungen, wie sie im Volkswirtschaftsleben vorhanden sind, dauernd zur Verfügung zu stellen und auch ihrer amtlichen Tätigkeit eine wertvolle Unterstützung zu gewährleisten hätte. Es ist beabsichtigt, das Kollegium demnächst in Wirklichkeit treten zu lassen.

Die Streikbewegung.

Berlin, 30. Jan. Während die „Voss. Ztg.“ meldet, daß die Streikbewegung im Laufe des gestrigen Tages nach den Angaben der Arbeiterorganisationen angewachsen sei, erklärt die „Täg. Rundschau“ dagegen, daß es sich um übertriebene Angaben handelt und gestern nachmittag die Zahl der Ausständigen auf etwa 10 000 Mann zu veranschlagen war. Eine Anzahl Beilagen waren vorübergehend am Erscheinen verhindert. Das Oberkommando in den Marken hat nun Maßnahmen getroffen, um dem Streik entgegenzutreten. Es ist zunächst der Streikleitung ein Verbot der Weiterleitung zugegangen. Ebenso sind alle Versammlungen, auch die bereits erlaubten, verboten worden. Es dürfen nur kleine Betriebsversammlungen stattfinden. Die „Voss. Ztg.“ berichtet sodann: Nach den bei den amtlichen Stellen bis gestern Abend vorliegenden Meldungen hat sich die Streikbewegung nur wenig verändert; soweit zahlenmäßig eine Uebersicht möglich war, hatte es den Anschein, als ob die Bewegung keine weitere nennenswerte Ausdehnung genommen hat. Bei den Berliner Verkehrsvereinigungen ist erfreulicherweise bisher von irgendwelchen nennenswerten Arbeitseinstellungen nicht die Rede gewesen.

Im Anschluß an den gestrigen Versuch der Streikleitung, eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Reichsausschusses des Innern zu erlangen, teilt die Vossische Zeitung noch mit: „Wir glauben aufs Bestimmteste zu wissen, daß die leitenden Reichsoffiziere keineswegs Verhandlungen mit den berufenen Arbeitervertretungen, nämlich den Gewerkschaften, ablehnend gegenübersehen. Sie vertreten lediglich den Standpunkt, daß sie in den behandelten politischen Fragen nicht mit ihnen unbesonnen, noch dazu im Anstand befindlichen Arbeitern verhandeln können. Die beiden Arbeiter, die zusammen mit den Abgeordneten bei der Regierung erschienen waren, gehörten nicht dem Gewerkschaftsvorstand, sondern, wie bereits erwähnt, einem von den streikenden Arbeitern gewählten Aktionsausschuß an, der von einem aus 500 Mitgliedern gebildeten „Arbeiterrat“ zusammengesetzt ist und aus 9 Arbeitern und je 3 Reichstagsmitgliedern der beiden sozialdemokratischen Fraktionen besteht.“

Ueber die Lage in Spandau wird berichtet: Während gestern von einer Streikbewegung in den staatlichen Werkstätten und Privatbetrieben in Spandau keine Rede war, ist heute das Bild ein anderes geworden. Von den Staatswerkstätten sind am Streik beteiligt die Metallwerkstätten mit etwa 3500—4000 Ausständigen; in den übrigen königlichen Instituten wird gearbeitet.

In dem Betrieb von Drenkhan u. Koppel befinden sich etwa 800 Arbeiter im Ausstand, in den Siemenswerken wird im allgemeinen gearbeitet, im Kesselwerk Gartenfeld streiken etwa 50 Mann.

Das Streikbild ist unverändert; die Streikenden verhalten sich vollkommen ruhig. Nach der inneren Stadt zogen vom Bahnhof Jungfernhede etwa 2000 Streikende, die unter freiem Himmel eine Versammlung abhielten, da eine solche im geschlossenen Raume polizeilich verboten war. In einer Ansprache wurden die Forderungen der Arbeiter verlesen. Ohne weitere Demonstrationen zogen dann die Streikenden wieder zurück. Ein polizeiliches Einschreiten war nicht erforderlich.

Am Reiche hat, wie die „Tägliche Rundschau“ mitteilt, die Bewegung bis Dienstag nachmittag nur wenig Fuß zu fassen vermocht. So streikten beispielsweise im schlesischen Kohlengebiet von 1 Million Arbeitern nur 500 000 Mann.

In der Gegend von Nürnberg-Bairisch Eßfeldt sah der Streik hauptsächlich auf die Nahrungsmittelindustrie. Die Transportarbeiter haben sich dem Streik angeschlossen. Es fanden Versammlungen mit Unannehmlichkeiten statt. Bei einer mißglückten Münchener Streikerversammlung, wo eine aus Würzburg stammende Frau Sarah Rubinowitsch, die Gattin des Münchener Privatdozenten Dr. Borch, in der Versammlung der Metallarbeiter durch Gebahren hervortrat, machten sich die Berliner Einschüfe durch Verteilung von Berliner Flugblättern geltend.

Die „Vossische Zeitung“ meldet noch, daß die Streikbewegung in Schlesien keinerlei Anhang gefunden hat, sowohl in der Breslauer Nahrungsmittelindustrie als auf den Ober- und Waldburger Kohlenrevieren ist die Arbeit im vollen Gange. Arbeitsniederlegungen haben nicht stattgefunden und sind auch nicht zu befürchten.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt folgendes Telegramm aus Danzig vom 29. Januar: Zu einer Arbeitseinstellung ist es heute auch in Danzig gekommen. Während in der Gewerkschaft und Arbeitervereinigungen alle Arbeiter erschienen, blieben auf der Schiffsbau-Werft jugendliche Arbeiter fort, bei der Kaiserlichen Werft streikten dagegen 4 000 Mann. Die Streikenden hielten im Vorort Schiefel eine Versammlung ab, bei der der sozialdemokratische Parteisekretär Gehr und als Vertreter der Unabhängigen Eisen-Berlin sprachen.

Berlin, 31. Jan. Ueber die Streikbewegung meldet der „Berl. Tag.“ aus Düsseldorf: Die Streikbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat am 30. Januar keinen Fortschritt gemacht. Bei der Firma Friedrich Krupp in Essen feierten von einer Arbeiterschaft von über 120 000 Mann nur 300 Mann. In Nürnberg wurde gestern in allen Betrieben wieder gearbeitet. Der Demonstrationsstreik ist nach zweitägiger Dauer beendet. Der Streik der Nahrungsmittelarbeiter in Bremen hatte nur geringen Umfang und umfaßte etwa 500 bis 600 Mann. Die Arbeiterorganisationen nahmen zur Ruhe und zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Ausstandsbewegung in Mannheim.

Mannheim, 30. Jan. Ein Teil der hiesigen Arbeiterschaft hat sich dazu verleiten lassen, an der von Berlin ausgehenden Streikbewegung teilzunehmen. Die Bewegung beschränkt sich auf die Metallindustrie. In der chemischen Industrie und in den sonstigen freigeigentlichen Betrieben verhält sich die Arbeiterschaft durchaus passiv. In sämtlichen mittleren und kleinen Betrieben der Metallindustrie ist die Arbeiterschaft ebenfalls vorläufig noch ruhig. Ueber die Versammlung im Arbeiterklub berichtet der „Mannh. Gen.-Anz.“

In Kofengarten versammelten sich heute nachmittag gegen 3 Uhr etwa 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Geleitet wurde die Versammlung von einem Vertreter der Unabhängigen. Als erster Redner sprach Reichstagsabgeordneter Oskar Gehr, der darauf hinwies, daß niemand dem deutschen Volke den Vorwurf machen könne, es habe keine Pflicht nicht erfüllt. Und deshalb hat das Volk das Recht zu sagen, was es denkt und was es will. Die Dinge liegen klar und viele Worte sind überflüssig. Jetzt, wo wir das erste Mal Gelegenheit haben, einen Frieden zu schließen, in dem Augenblick kommen Treibereien gegen den Frieden. Das Spiel ist unverantwortlich und fies. Wegen dieses Treiben wendet sich der Strom der Arbeitermassen. Wir wollen bis an die Grenzen unseres Rechtes gehen, unsere Forderungen klar formulieren, aber in unserem Auftreten Form und Disziplin wahren, die allein den Erfolg garantieren. Einseitig und geschlossen müssen wir vorgehen; durch keinerlei Unbesonnenheit von innen dürfen wir uns von der Linie abbringen lassen. Die Leiter beider Parteien werden noch heute Abend zu einer Konferenz zusammentreten und die Beschlüsse über den weiteren

Verlauf der Bewegung ausarbeiten. Die Arbeiter sollen durch ihre Vertrauensmänner über die Ergebnisse unterrichtet werden. Es ist eine freudige Genugtuung, daß sich die leider gespaltenen Arbeiterschaft nun wieder zu gemeinsamer Aktion zusammenfindet. Alle Spaltungen müssen vergessen werden, alle Kräfte muß auf das gemeinsame Ziel gerichtet werden. Wir alle wünschen dem deutschen Volk in Ruhe den Frieden, nicht einen Frieden um jeden Preis, aber einen Frieden ohne Verzicht auf etwas, das für unser nationales Leben notwendig ist, aber unter Verzicht auf alles, was andere Völkern gehört. Wir wollen Freiheit und Kultur, aber auch das gleiche für andere Völker. Die Stimmung der Versammlung kann sich wohl dahin zusammenfassen, daß die Bewegung in aller Ruhe, Ordnung und Einseitigkeit ausgeführt wird. Friede nach außen, Freiheit nach innen. (Lebhafter Bravo!)

Als zweiter Redner sprach der Vertreter der Unabhängigen. Man kämpfe für eine große, edle und gerechte Sache, führte er aus. Auch er ermahnte zu strengster Ordnung und Ruhe. Soweit die Arbeiter ausständig seien, sollen sie auch morgen im Ausstand bleiben und die Beschlüsse, die in der heutigen Konferenz beschlossen werden, abwarten. Man solle auch ein Beispiel an den Berliner Kollegen nehmen, wo das Streikbild auch kein anderes sei, als an sonstigen Tagen. — In größter Ruhe gingen die Versammlungsteilnehmer auseinander.

Arbeitseinstellung gegen den Streik.

Essen, 30. Jan. Eine hiesige Besuche Vertrauensmännerkonferenz der christlichen Arbeiter Essens hat einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„Die heute, am 27. Januar 1918 im Vereinslokal in Essen-Bell verammelten 500 Vertrauensmänner der christlich-nationalen Arbeitseinstellung verurteilen mit aller Entschiedenheit die neuerlichen Versuche der unabhängigen Sozialdemokratie und sonstiger radikaler Elemente, die Arbeiterschaft zu politischen Massenstreiks zu bewegen. Sie sehen in derartigen Streiks kein geeignetes Mittel zur Förderung des Friedens, wie es von den Gegnern fälschlicherweise dargestellt wird. Im Gegenteil sind derartige Streiks nur geeignet, den Krieg zu verlängern und ein heimtückischer Ueberfall auf unsere Feldgrauen, von denen unter Umständen Hunderttausende den entsetzlichen Mangel an Waffen und Munition mit ihrem Leben bezahlen müssen. Sie sind aber auch ein Verrat an Volk und Vaterland und eine Verletzung der Feinde Deutschlands, deren wichtigstes Kriegsziel die Vernichtung der wirtschaftlichen Grundkräfte Deutschlands und damit des sozialen Aufstieges des deutschen Arbeiterstandes ist. Die Versammlung fordert daher alle Arbeiter auf, im Interesse des Vaterlandes und in ihrem eigenen Interesse allen Verlogen, Arbeitseinstellungen herbeizuführen, mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten und politische Streiks unter allen Umständen zu verhindern. Sie erwarten eine gleiche Stellungnahme von allen gewerkschaftlichen Richtungen, weil diese politischen Streiks eine Verdröpfung der Gewerkschaftsbewegung darstellen, die doch gerade während des Krieges ohne Streiks eine so erfolgreiche Tätigkeit im Interesse der Arbeiter und des gesamten Volkes entfaltet hat.“

Gleichzeitig fordern die Versammelten für die Arbeiterschaft eine möglichst ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung, den Tenungsverhältnissen entsprechende Löhne und zweckentsprechende Behandlung, sowie eine energische Förderung der eingeleiteten und angelegentlich inneren Reformen. Sie sprechen vor allem ihr lebhaftes Bedauern über die Verschleppung der Bahnbrechensvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus aus, da dadurch die Volkstimmung auf das allerschwerste beeinflusst und politische Streikgehalte begünstigt werden.“

Auch die hiesigen Dünndarm-Gewerkschaften haben eine klare Entschliessung gegen politische Streiks angenommen.

Ein Mahnruf an die polnischen Arbeiter.

WTB, Kattowitz, 29. Jan. (Nicht amtlich.) Der Zentralvorstand der polnischen Berufsvereinigungen veröffentlicht einen Aufruf an die polnischen Arbeiter, in dem es u. a. heißt:

Die polnischen Arbeiter haben bisher kaltes Blut bewahrt und lassen sich nicht auf Irrwege leiten. Da jedoch in letzter Zeit die Gemüter durch die Vorfälle in Oesterreich-Ungarn und Lebensmittelschwierigkeiten erregt worden sind, ist nicht ausgeschlossen, daß hier und da jemand das Gleichgewicht verlieren und sich der Streikbewegung anschließen könnte. Deswegen erheben wir unsere warnende Stimme und fordern die polnischen Arbeiter auf, auf anonyme Aufrufe nicht zu achten und den Einschüflerungen verschiedener Berufsvereinigungen Gehör zu geben, dagegen sich ruhig zu verhalten und die Pflichten zu erfüllen wie bisher.

Alle Ausschreitungen, zu denen der Aufruf auffordert, sind Verleugungen der polnischen Fortschritt und namentlich einer Reform des Arbeitergesetzes und der Wahlrechtsreform. Die Regierung hat solche Ausschreitungen vorgehen werde, jedoch die Teilnehmer sich den größten Unannehmlichkeiten aussetzen könnten. Was die Lebensmittelschwierigkeiten anbelangt, so haben die Vertreter der Berufsvereinigungen und anderer Verbände unlängst mit großer Bestimmtheit im Einvernehmen mit den Klagen der Arbeiter vorgetragen und es ist zu hoffen, daß eine rationellere Lebensmittelpolitik eintritt. Im übrigen werden durch solche Ausschreitungen fehlende Lebensmittel weder vermehrt noch beschafft.

Geht also nicht auf den Reim des Bolschewismus, sondern bleibt ruhig und bei klarem Verstand. Erfüllt die Euch anvertraute Arbeit. Der Zentralvorstand der Polnischen Berufsvereinigungen Kattowitz.

Lloyd Georges Hoffnungen auf die Revolution in Deutschland.

Kopenhagen, 29. Jan. Nach hier eintreffenden Nachrichten herrscht in der englischen Geschäftswelt starke Mißstimmung, weil das ganze Geschäftsleben so gut wie lahmgelegt sei und die angehäuerten Bestände, die die Kaufleute schon jetzt verlieren hätten, von Tag zu Tag größer werden. Man habe sich in jüngster Zeit an Lloyd George gewandt mit der Frage, weshalb er nicht auf Kosten von Englands Verbündeten mit Deutschland einen für England vorteilhaften Frieden schliesse. Lloyd George habe geantwortet, dazu sei immer noch Zeit, denn er habe die absolute Gewißheit, daß Deutschland jederzeit zu einem solchen Frieden, der England Honoren werde, auch im Falle eines völligen Sieges bereit sei (?). Er, Lloyd George, schätze die amerikanische Hilfe auch nur gering ein und verkenne keineswegs die wachsende Gefahr des U-Boottkrieges. Aber die Herren möchten nur noch kurze Zeit Geduld haben. Nach ganz zuverlässigen Nachrichten stehe die innere Revolution in Deutschland unmittelbar bevor. Die ganze demokratische Bewegung sei so stark, daß man auf diese Weise ohne die Verbündeten preisgeben zu brauchen, mit Sicherheit zu einem sogenannten annektionslosen Frieden gelangen werde, der Englands Kriegsziel, die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands, ohne daß Deutschland es selbst merke, voll befriedige.

Große Freude in London.

Kopenhagen, 30. Jan. In London wurde die Nachricht von dem Streik in Berlin mit heller Freude aufgenommen, und dieses Ereignis in London durch Extrablätter mit der Ueberschrift: „Der Zusammenbruch der Mittelmächte“ bekannt gegeben.

Wanzen, sowie andere Insekten, die Brut beizubehalten wir in Flaschen, Dosen, reiten, Paraden, Klebstoffen etc. mittelst... D. V. G. U. Anton Springer, Karlsruhe, Göttingerstraße 51, Tel. 2340.



Badische Chronik.

Heidelberg, 29. Jan. Die Strafkammer verurteilte den Kaufmann Karl Adomat aus Mannheim wegen Betrugs im Rückfalle zu 1 Jahre 6 Monaten Gefängnis. Adomat hatte einer Witwe die Ehe verprochen und sie dabei um 1745 M betrogen.
Waldenweiler bei Breisach, 31. Jan. Zwei Knaben im Alter von 8 und 12 Jahren hatten einen Kanonenschlag auf den Wiesen gefunden und wollten ihn zur Entzündung bringen. Als sie ein Streichholz daran hielten, erfolgte eine Explosion und die beiden Knaben erlitten schwere Brandwunden an Händen und im Gesicht.
Mühlheim, 30. Jan. Ein 19jähriger Burtsche, der mit einem Revolver spielte, schoß einem 15jährigen ins Gesicht und verletzte ihn schwer.
Willingen, 31. Jan. In Gärtenbach wurde das Anwesen des Zimmermanns Josef Thoma durch Feuer vollständig zerstört. Die Bewohner konnten nichts retten. Der Schaden beträgt ungefähr 20 000 Mark.
Konstanz, 31. Jan. Das Schwurgericht verurteilte den Fabrikarbeiter Ernst Hilbold aus Pforzheim, welcher im Sommer des Jahres 1915 den 17jährigen Arbeiter Hug von Schoppheim auf dem Nachhauweg von der Arbeit getötet, seines Arbeitslohnes beraubt und die Leiche verborgen hatte, wegen Totschlags und Unterschlagung zu 4 Jahren Gefängnis. Der Grenzaufscher Franz Blau aus Pfullendorf erhielt wegen schwerer Amtsunterschlagung 8 Monate Gefängnis und die Dienstmagd Maria Dürler aus Thannheim wurde wegen Brandstiftung zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Vom badischen Landtag.

Eine raschere Erledigung der Landtagsarbeiten.
Karlsruhe, 30. Jan. Im „Volkstempel“ wendet sich ein wohl aus der Feder des Landtagsabg. Kolb stammender und im „Bad. Beobachter“ ein mit H. K. (Abg. Köhler) gezeichneter Artikel gegen den langsamen Gang der Verhandlungen in der 2. Kammer, die noch nicht einmal den Staatshaushalt erledigt hat und der noch große und dringliche Arbeiten zur Beschlußfassung bevorstehen. In beiden Artikeln wird darauf hingewiesen, daß, wenn die Verhandlungen in dem jetzigen Tempo weitergehen, der Landtag bis tief in den Sommer hinein bekommen sein wird. Im Bad. Beob. wird die Einbringung eines fünften Verhandlungstages (Montag) gefordert und in beiden Blättern wird verlangt, daß auch die Kommissionen raschere Arbeit machen. Ein Artikel des „Schwäbischen Merkur“ weist darauf hin, daß die Geschäftsbehandlungen in der 2. Kammer vollständig verzettelt ist. Der badische Landtag sollte sich die Geschäftsbehandlung des Reichstages zum Vorbild nehmen.

Aus der Budgetkommission der Zweiten Kammer.

Karlsruhe, 31. Jan. Die Budgetkommission der Zweiten Kammer, welche gestern nachmittags ihre Beratung über das Budget des Ministeriums des Innern fort. Ein Abgeordneter machte dabei auf die Mängel im Rebbau aufmerksam und empfahl den Anbau neuer Rebböden, insbesondere besserer Oberröden. Ein Eliaß habe man mit den Oberröden sehr gute Erfahrungen gemacht. Man sollte die Grenzbesitzungen des Reichstages zur Förderung des Rebbaus auch in Baden betreiben und in den Weinbaubereichen ähnliche Sachanlagen errichten, um die Kenntnis über die neuen Sorten möglichst zu verbreiten. Wenn man nicht dafür Sorge, daß unser Rebbau wieder ertragsfähiger werde, bestreite die Gefahr, mit ausländischen Weinen überflutet zu werden. Diese Anregungen wurden aus der Mitte der Kommission nachdrücklich unterstützt. Von Seiten der Regierung wurde dazu erklärt, daß man an der Bekämpfung der Rebbauschädlinge unbedingt festhalten müsse; dazu ge-

höre auch die Anwendung des Gesetzes über die Anpflanzung der Amerikanerkrankheit. Innerhalb des Rahmens des Rebbausgesetzes gelte alles, was möglich sei. Eine allgemeine Anpflanzung der Oberröden sei nicht angängig.

Ein Abgeordneter empfiehlt danach die Förderung der Winterweine, ein anderer die Errichtung einer Weinbauhochschule. Im folgenden gab ein Regierungsvertreter Auskunft über den Viehwirtschaftsplan für die Militärverwaltung. Vorrat ist die badische Viehwirtschaftsbehörde. Die Aufbringung des Viehs erfolgt durch die Kommunalverbände und die Landwirtschaftskammer, welche das Vieh an die Sammelstellen abliefern. Solche bestehen in Mannheim und Durlach. Die Inhaber der Sammelstellen erhalten zuerst 2 Prozent des Wertes des angelieferten Viehs, jezt 1 1/2 Prozent. Die Viehwirtschaftsbehörde zahlt 1 1/2 Prozent. Der Rest geht an die Sammelstellen. Die Inhaber der Sammelstellen haben das ganze Risiko zu tragen. Der Restwert der Sammelstellen findet diese finanzielle Aufmachung des Gewinns der Inhaber der Sammelstellen keinen Glauben. Die ganze Frage des Viehwirtschafts sollte durch eine Organisation auch für die Friedenszeit geregelt werden.

Das Amtverklünderwesen in der Justizkommission.

Karlsruhe, 30. Jan. In der Kommission für Justiz und Verwaltung der Zweiten Kammer verhandelte man über den Antrag des Centrums, monach die derzeitige Regelung des amtlichen Verklünderwesens dahin abgeändert werden soll, daß die jetzigen Amtverklünder zeitlich und räumlich begrenzt werden sollen. Der Berichterstatter gab eine historische Übersicht über die Entwicklung der Amtverklünder und empfahl die Annahme des Antrages. In der Debatte wies ein nationalliberaler Vertreter darauf hin, daß es während des Krieges eine Unbilligkeit sei, eine Verklünderung des in großen und ganzen bewährten Systems herbeizuführen. Eine weitere Anregung geht dahin, die amtlichen Verklünderungen in allen Zeitungen des Bezirks, ferner an alle anwesenden badischen Zeitungen zu geben, die mit mindestens 500 Abonnenten im Bezirk vertreten sind. Die ursprünglichen Antragsteller erklärten sich mit dieser letzten Anregung einverstanden. Die Regierung sieht die Notwendigkeit der Änderung in der jetzigen Kriegszeit nicht ein. Die mannigfachen Schwierigkeiten im Krieges, insbesondere der Papiermangel und nicht zuletzt die finanziellen Mehraufwände geben hierzu die Begründung. Der geänderte Antrag wurde mit 12 gegen 4 Stimmen angenommen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 31. Januar.
E. K. H. der Großherzog hörte im Laufe des gestrigen Tages die Vorträge des Geh. Legationsrats Dr. Senf, des Geheimrats Dr. Freiherrn von Goh und des Präsidenten Dr. von Engelberg.
Der bisherige Territorialdelegierte der freiwilligen Krankenpflege, Minister Freiherr v. Rohman, hat sich infolge seiner Ernennung zum Staatsminister und Präsidenten des Groß. Staatsministeriums genötigt gesehen, die Stelle des Territorialdelegierten niederzulegen. Der stellvertretende Militär-Inspekteur der freiwilligen Krankenpflege hat hierzu seine Genehmigung erteilt und den Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Geheimen Rat Pfisterer zum Territorialdelegierten der freiwilligen Krankenpflege ernannt.
Na. Dem Ortsanführer des Vereins Badischer Heimadant wurden als einmalige Spende von Frau August Riempp Witwe 500 M., von Herrn Carl Rodenheiser 300 M. und von Herrn Kaufmann Ador Weill hier 200 M. überwiesen.

Rentenulage. Nach einer kürzlich eingegangenen Bundesratsverordnung erhalten vom 1. Februar 1918 ab die Empfänger von Invaliden- und Krankentrenten neben der laufenden Rente noch eine besondere Zulage von monatlich acht Mark und die Empfänger von Witwen-, Witwer- und Waisenrenten eine Zulage von monatlich 4 Mark. Die Zahlung erfolgt gegen Quittung durch die jeweilige Behörde, bei welcher der Rentenempfänger seine Rente erhebt; eine besondere Anweisung wird nicht erteilt. Die Quittungsformulare haben die Rentenempfänger selbst bei den Bürgermeistern oder Polizeistationen ihres Wohnortes zu erheben, benen die dazu erforderlichen Vorbrude zuzugingen. Auch diejenigen

Rentenempfänger, die ihre Rente nicht von der Landesversicherungsanstalt Baden, sondern von einer fremden Anstalt beziehen, erhalten die Quittungsformulare bei den bezeichneten Stellen ihres Wohnortes. Die Zulagequittungen tragen als Unterscheidungsmerkmal oben am Kopf die gleichen Buchstaben wie die Rentenquittungen und zwar für Invalidenrentenempfänger den Buchstaben I, für Krankentrentenempfänger K, für Witwen- und Waisenrentenempfänger W und für Witwenrentenempfänger WA. Für jeden Monat, für welchen die Zulage gezahlt wird, ist eine besondere Quittung auszustellen. Die Zulage wird nur für volle Kalendermonate des Rentenbezugs und vorerst nur bis 31. Dezember 1918 gewährt. Nicht abgehobene Zulagen werden nur bis 30. Juni 1919 nachgezahlt. Alters- und Waisenrentenempfänger erhalten keine Zulage.

Evang. Arbeiterinnen-Verein. Am Sonntag, beging der Evang. Arbeiterinnenverein seine erste Kaiser-Geburtstagsfeier. Die im Saal des Vereinshauses (Ablersch. 23), gebunden Kaffeestunde waren bald besetzt von Vereinsmitgliedern, deren Angehörige und Bekannten und sonstigen Freunden der Sache. Das mit den deutschen und badischen Farben und frischem Tannengrün geschmückte Kaiserbild schaute von der Mitte des Podiums aus das gemütliche Zusammenfesten herab. Herr Major Hellmeth berichtete in seiner Festansprache von den im Feindesland an verschiedenen Stellen unserer Front verlebten Kaiser-Geburtstagen, gedachte in anerkennenden Worten des Vaterlandsdienstes unserer Arbeiterinnen und ermahnte zur Treue gegen Kaiser und Reich, worauf sich die Anwesenden zu einem dreifachen Hoch auf S. Majestät von ihren Sigen erhoben. In lebenswüthiger und freudiger Weise erstreute uns Herr. Busch durch ihre Gesangstunde, indem sie eine Reihe von Liedern unserer besten Komponisten mit trefflichem Ausdruck zu Gehör brachte. Auch die von den Vereinsmitgliedern begeistert vorgetragenen Gedichte fanden dankbaren Beifall. Das gemeinsam gesungene deutsche Schluß- und Trübsied: „Ein feste Burg ist unser Gott“ beschloß die wohlgelungene Feier. Nähere Auskunft über die Tätigkeit des Evang. Arbeiterinnenvereins erteilt gerne die Leiterin Fräulein Spengler, Leopoldstr. 16.

Neue Bilder sind im Schaufenster unserer Geschäftsstelle ausgestellt vom italienischen Kriegsschauplatz, von der österreichischen Front im Tiroler Hochgebirge, aus Mesopotamien und an den großen, durch Schneefall hervorgerufenen Verkehrsstörungen in Berlin.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Eheaufgebote. 29. Jan.: Leo Schiebened von Schöllbrunn, Tagelöhner, hier, mit Ella Reber von Mannheim. — 30. Jan.: Sebastian Klump von Freilohheim, Bahnarbeiter hier, mit Anna Gottmann von Oberrhein; Friedrich Nabel von Gaggenheim, Brunnenbauer hier, mit Luise Abela von Lahr; Eugen Sitter von Lauterburg, Maschinenist in Karlsruhe-Gürtel, mit Eva Arbogast von Melsheim.
Eheschließung. 29. Jan.: Oskar Wieland von Forstheim, Dipl.-Ing. hier, mit Maria Koch von hier.
Geburten. 29. Jan.: Gertrud Anna Maria, Vater Otto Gans, Lokomotivhelfer. — 30. Jan.: Josef Emil Wons, V. Josef Werner, Kaufmann.
Todesfälle. 29. Jan.: Mathilde Ebert, alt 86 Jahre, Ehefrau von Laver Ebert, Schuhmachermeister. — 29. Jan.: Luise Köhler, alt 72 Jahre, Witwe von Johann Köhler, Maschinenist; Gustav Weinger, Kaufmann, ledig, alt 24 Jahre; Florian Köhler, Schreiner, Ehegatte, alt 69 Jahre; Karoline Weinger, alt 70 Jahre, Ehefrau von Wilhelm Weinger, Tagelöhner; Katharina Köhler, alt 64 Jahre, ledig, Köchin.
Verblichenezeit und Trauerhaus ermadelter Verstorbener. Donnerstag, 31. Jan., nachm. 3 Uhr: Franziska Pfbaum, Maures-Witwe, Pariserstr. 80. — 4 1/2 Uhr: Karoline Weinger, Tagelöhners-Ehefrau, Bahringerg. 4. — 4 Uhr: Mathilde Ebert, Schuhmachermeisters-Ehefrau, Durlachstr. 7. — 3 1/2 Uhr: Luise Köhler, Maschinenistens-Witwe, Köhlerstr. 60.

Wasserstand des Rheins.

Schwarzwald, 31. Jan. morgens 6 Uhr 1,30 m (30. Jan. 1,28 m)
Rehl, 31. Jan. morgens 6 Uhr 2,29 m (30. Jan. 2,35 m)
Mannheim, 31. Jan. morgens 6 Uhr 3,91 m (30. Jan. 3,97 m)
Mannheim, 31. Jan. morgens 6 Uhr 5,18 m (30. Jan. 5,20 m)

Palast-Lichtspiele
Herrenstraße 2502.
Kasseneröffnung 7 1/3 Uhr. Anfang 8 Uhr
Nur noch 2 Tage!
Lu Synd und Theodor Loos
Das letzte Spiel
Schauspiel in 8 Akten. B3328
Lya Ley in ihrem neuen Lustspiel
„Ein nasses Abenteuer“
in 8 Akten von Dr. Lippschütz.
Ferner auf allgemeinen Wunsch:
Täglich von 5-6 Uhr
Das grosse Filmwerk
Die Königsstochter von Travankore.
Ein indisches Liebesdrama in 5 Akten.
Hauptdarstellerin: ELGA BECK.
Täglich von 3-10 Uhr.

Tischdeck- und Servier-Kursus
verbunden mit
Anstandslehre
statt. — Lehrstoff: Feines Tafeldecken, Servieren, Serviettenbreiten, Speisefolge bei Festlichkeiten. Wie sollen wir essen?
Zweck: 1. Zu wissen, wie man Veranstaltungen aller Art trifft, um sein Personal darin anleiten zu können; 2. das zu erlernen, was in Herrschaftshäusern vorkommt, um eine dienende oder repräsentierende Stellung einnehmen zu können.
Der Unterricht wird theoretisch und praktisch mit allen Fachkenntnissen der Neuzeit ausgeführt. — Tageskursus von 4 bis 8 Uhr. Abendkursus von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. — Donator 16 Mark, zahlbar bei Beginn. — Auf Wunsch Privatunterricht für geschlossene Gesellschaften und Anhalten. — Anmeldungen werden Montag, 4. Februar, nachmittags von 2-8 Uhr, im Vortragslokal entgegen genommen.
Die Kursusleitung.
Sonntag, den 3. Februar, nachm. 1/5 Uhr, im großen Rathhaussaal
Vortrag
des Geschäftsführers der Evang. Blättervereingung für Soldaten und kriegsgefangene Deutsche in Bad Rastatt (Vahn) über
„Die geistige Fürsorge für die deutschen Kriegsgefangenen im Ausland.“
Eintritt frei.
Für freiwillige Gaben ist beim Ausgang Gelegenheit geboten. 1428,21

LUXUM = Lichtspiele
Kaiserstraße 168.
Telephon 3965.
Nur noch heute und morgen.
Alwin Neuss
und
Käthe Haack
in dem neuesten Filmwerk
„Der Jubiläumspreis“.
Ein Sportsdrama in 4 Akten.
Egede Nissen
in dem Schauspiel
„Die 3 auf der Platte“
4 Akte. 1396
Täglich Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 1/3 Uhr.

Dr. Witz
Spezialarzt für Homöopathie
und Naturheilmethoden
Karlsruhe
Georg-Friedrichstr. 2. II. Stod.
Sprechstunden: 9-10, 2-4 Uhr.
Spezialbehandl. von Kopf, offenen Füßen, Gicht, Nerven, Rheuma, Leber-, Nieren-, Darmleiden, Frauenkrankh., Ohrläusen,
Selbsterfahrte Prospektchen:
Herbenstämme 1,50
Selbstarzt 2,-
Jugenddiagnose 2,-
Wo könnte Fräul. des
Bügeln
erlernen? Angebote unt.
Nr. 33278 an d. Geschäfts-
stelle der „Bad. Presse“.

Juwelen
Gold- u. Silberwaren
Trauringe o Bestecke
Ausverkauf wegen Umzug
F. Widmann, Juwelier
Kaisersstraße 223.
Eigene Werkstätte für Neuarbeiten
sowie Reparaturen.
Den tit. Behörden, meinen werten Freunden und
Gönnern hiermit zur Nachricht, daß ich von heute
ab an das
Telephonnetz unt. Nr. 1084
angegeschlossen bin und bringe hiermit mein Geschäft
in empfehlende Erinnerung.
Karlsruhe-Mühlburg, den 30. Januar 1918.
Georg Schaffert, Zimmermeister.

Maldinenlehren,
Stenographie,
Schönschreiben,
Rundschrift
ersch. bei schneller und
gründlicher Ausbildung
und mäßigen Preisen
Lehrer Strauß,
Kronenstraße 15, III,
Eingang durch d. Gittertor.
Kaufe
gebr. Möbel, Betten, sowie
ganze Haushalt, Speise-
kammer, beschlagn. sowie
Standuhr, sowie hoh. Preis-
ten. — Komme ins Haus.
33308 Josef Groß,
Marktsaferstr. 6. 3.3

Großherzogliches Hoftheater zu Karlsruhe.
Donnerstag, den 31. Januar 1918. C. 31.
Rigoletto.
Oper in 4 Akten, nach Victor Hugo's, Le roi s'amuse"
von F. W. Ballo. Musik von G. Verdi.
Anfang 7 Uhr.
Ende nach 10 1/2 Uhr.

Telephonnetz unt. Nr. 1084
angegeschlossen bin und bringe hiermit mein Geschäft
in empfehlende Erinnerung.
Karlsruhe-Mühlburg, den 30. Januar 1918.
Georg Schaffert, Zimmermeister.

Großer Kassensdrank
24lrig, innen 140,76/45 cm, neu, moderne Bauart,
verkauflich.
Rezl. evb. Adresse unter Nr. 1857 an die Ge-
schäftsstelle der „Bad. Presse“. 2,2



